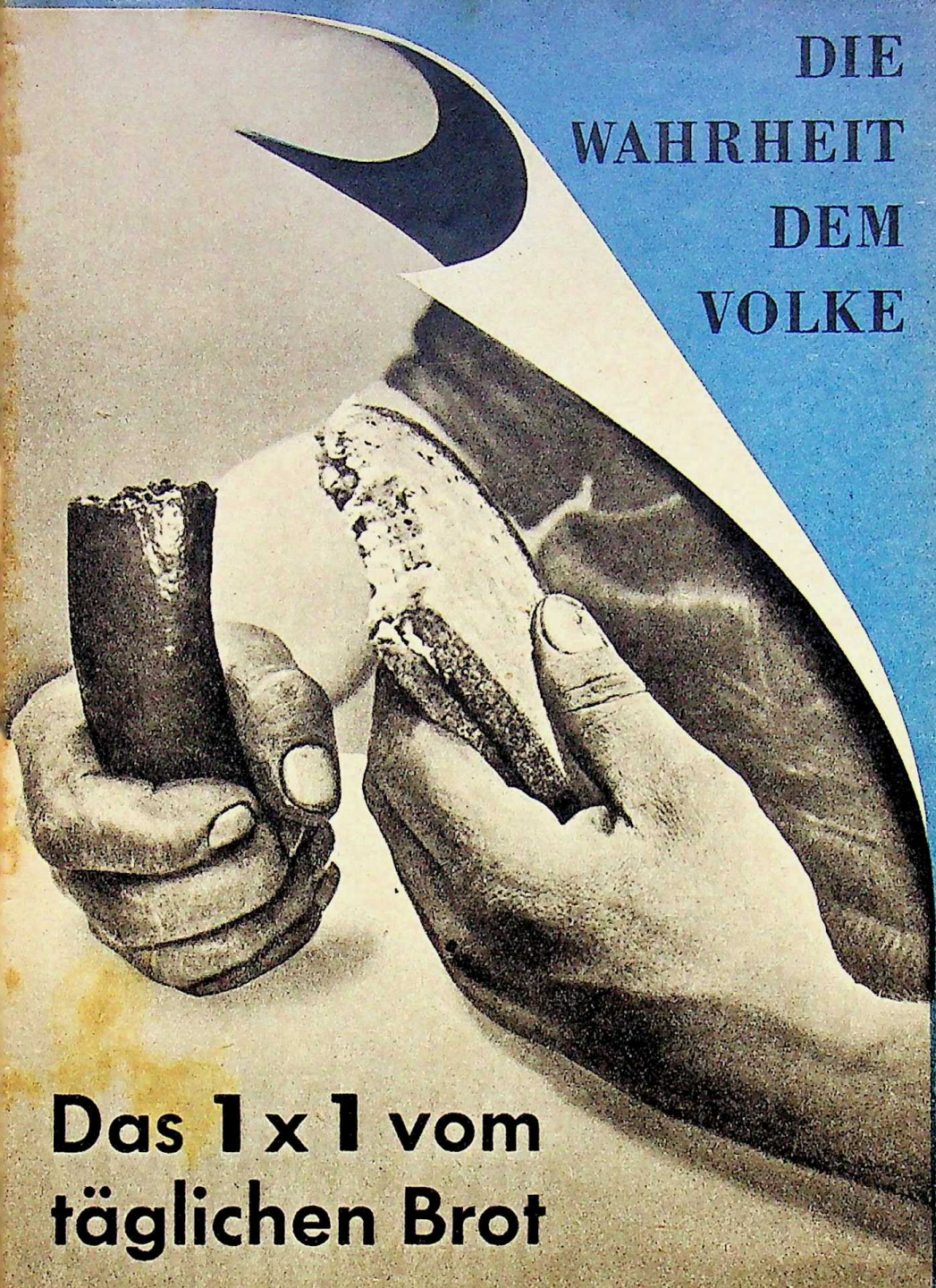




www.MinisterieVanPropaganda.org

DIE
WAHRHEIT
DEM
VOLKE



Das 1 x 1 vom
täglichen Brot

Man nehme...

heißt der Titel eines Kochbuches, in dem Frau Hoffmann, halb ernst und halb belustigt, blättert. Es ist das Kochbuch ihrer Mutter, das sicherlich auch schon von Großmutter benutzt wurde. Auf dem dauerhaften roten Einband leuchten zierliche, verschnörkelte Goldbuchstaben — ein Kochbuch aus der „guten alten“ Zeit. Die Seiten sind schon etwas abgegriffen, und das Papier ist von gelblich-welker Farbe. Natürlich hat Frau Hoffmann auch ein modernes Kochbuch in ihrem Haushalt, aber als sie im Radio Mitteilungen über die Erhöhung der Lebensmittelpreise hörte, die zusammen mit der Nachricht von der Erhöhung der Lebensmittelpreise und der gleichzeitigen Senkung der HO-Preise angesagt wurden, griff sie zu dem alten Kochbuch. Das tat sie in einer plötzlichen Eingebung, über die sie aber auch gleich wieder lächeln mußte. Denn Frau Hoffmann ist keine Hausfrau, für die der Kochtopf der Welthorizont ist, sie ist ein Mensch, der nicht nur kocht — sondern auch denkt! Für alles, was ihr Mann zu Hause über das „Draußen“ erzählt, für alles, was die Kinder von der Lehrstelle und aus der Schule berichten, hat sie Interesse. Mitglied einer Partei ist sie nicht. Dann und wann war sie zu einer Veranstaltung für Frauen gegangen, hatte sich dort manches angehört und auch fast Lust verspürt, ebenfalls in einer Frauenorganisation praktisch mitzuarbeiten. Aber dann nahmen die Hausfrauensorgen wieder alle Zeit und ihre ganze Kraft in Anspruch.

So ein Mensch ist Frau Hoffmann. Eine von vielen. . .

Jetzt sitzt sie gedankenversunken am Küchentisch, den Blick sinnend durch das Fenster gerichtet, über ein nahes Feldstück hinweg bis zu den qualmenden Fabriksschloten und einem Zechenturm, in dem sich flink die Räder drehen. Dort arbeitet ihr Mann, dort, in einer Fabrik, ist ihr Junge in der Lehre.

Eigentlich wollte Frau Hoffmann heute nicht zu Hause sein, sondern in die Stadt gehen, um einige Einkäufe zu machen. Aber dann hatte sie das Wirtschaftsgeld gezählt und beschlossen, doch lieber den nächsten Zahltag ihres Mannes abzuwarten. Das Geld war knapp. Von der mageren Haushaltskasse beeinflusst, dachte sie zuerst an

die Erhöhung der Lebensmittelpreise.

Mußte das sein? Die Regierung der Deutschen Demokratischen Republik hatte in ihrer Sitzung am 27. Oktober 1949 die Erhöhung der Preise beschlossen. Aber warum? Frau Hoffmann erinnerte sich an eine Unterhaltung, die sie mit ihrem Mann geführt hatte, als die ersten Nachrichten von der Erhöhung der Lebensmittelpreise und von der gleichzeitigen Erhöhung der Preise in der Zeitung standen und im Rundfunk zu hören waren. Mit seinen Arbeitskollegen hatte er ebenfalls schon über diese Fragen gesprochen, die das Hauptthema aller Gespräche bildeten.

Kaum einer — und Frau Hoffmann erst recht nicht — hatte gewußt, daß bei jedem Einkauf, den man machte, eine unsichtbare Hand zu dem Geld, das für die Ware bezahlt werden mußte, noch etwas zulegte! Das machte der Staat, der sonst kaum einem etwas recht machen konnte, und von dem manche sagten, daß er das Volk „ausplündere“. Wenn Frau Hoffmann so etwas hörte, hatte sie immer daran gedacht, daß es Hitler und sein „Tausendjähriges Reich“ waren, die nicht nur das eigene, sondern auch andere Völker gründlichst und bis zur völligen Erschöpfung ausgeplündert hatten, von vielen anderen und schlimmeren Verbrechen und Zerstörungen ganz abgesehen. Und es wurde nicht nur geplündert und zerstört — Millionen Menschen mußten Freiheit und Leben lassen, damit die Nazis ihre Raubzüge ungestört durchführen konnten.

Wieviel zahlte nun der Staat jährlich für Lebensmittel und andere Gebrauchsgüter zu?

200 Millionen Mark in einem Jahr!

„Subventionen“ werden diese staatlichen Zuschüsse genannt. Sie wurden für Fleisch, Butter, Milch, Käse, Öl, Margarine, Hanf, Flachs und Braunkohle gezahlt.

Diese staatlichen Zuschüsse gingen während der Nazizeit in die privaten Kassen der Junker, der Industriellen und des Großhandels. So wie man damals dem deutschen Volke die wirkliche Lage der deutschen Industrie und Landwirtschaft verheimlichen wollte, so wagte man aber auch nicht, den Profit der Nutznießer des „Dritten Reiches“ zu schmälern.

Und wie sah es 1945 in Deutschland aus? Die Not war riesengroß — die vorhandenen Warenmengen so gering, daß die große Gefahr einer hemmungslosen Preisentwicklung nach oben bestand. Um dem arbeitenden Menschen das nackte Leben zu sichern, mußte man die bestehenden Preise weiter stützen, ohne auf die nachteiligen Folgen für die Wirtschaft Rücksicht nehmen zu können. Durch Zahlung von Subventionen an bestimmte Betriebe oder Wirtschaftszweige hielt man die Preise unter den Produktionskosten, wichtige Teile des Wirtschaftslebens bewegten sich also nur „auf den Krücken der Subventionen“. Denn in welchem Zustand befand sich die Wirtschaft? Die Produktions- und Transportmittel in der Industrie und auf dem Lande waren zerstört oder zerrüttet. Ein Volkswirtschaftsplan (hier dachte Frau Hoffmann an den Zweijahrplan, über den sie ebenfalls schon gehört und gelesen hatte) bestand noch nicht, und volkseigene Betriebe, die nicht für privaten Gewinn, sondern im Interesse des Volkes arbeiteten, um den Plan zu verwirklichen, gab es ebenfalls nicht. Es ist klar, daß nur durch eine planmäßige Produktion ein Wirtschaftsleben wieder aufgebaut werden und gesunden kann.

Frau Hoffmann stand, nachdem sie das alles bedacht hatte, zunächst vor einem Berg von Fragen, der ihr unüberwindlich erschien. Fast wollte sie das Ganze schon aufgeben, aber gründlich und gewissenhaft, wie sie ist, holte sie aus dem Tischkasten im Wohnzimmer eine unscheinbare Mappe heraus. Dieser dünne Pappdeckel enthielt allerlei angestrichene Zeitungsnachrichten sowie große und kleine Zettel, auf denen ihr Mann sich kleine

Notizen und Aufzeichnungen gemacht hatte; denn der Schlosser Hoffmann, aus Krieg und Gefangenschaft zurückgekehrt, hatte diese Schule des Lebens, in die das Schicksal den anfangs völlig Ahnungslosen geschickt hatte, nicht umsonst durchgemacht.

Ja, so war es: am 12. Oktober 1949 hatte Ministerpräsident Otto Grotewohl vor der Provisorischen Volkskammer eine Erklärung abgegeben, in der es u. a. wie folgt hieß:

„Zunächst aber wird die Regierung eine Reihe von Sofort-Maßnahmen durchführen, wie die Abschaffung der Karte 4 und gewisse Verbesserungen in der Versorgung bestimmter Arbeitergruppen, um die Lage unserer schaffenden Menschen zu erleichtern.“

Hier hatte Frau Hoffmanns Mann damals mit Blaustift ein dickes Fragezeichen hingesezt. Aber es stimmte schon: das Versprechen, das der Ministerpräsident für seine Regierung abgegeben hatte, wurde bereits nach wenigen Wochen eingelöst! Ab 1. Dezember 1949 gibt es Lebensmittelkarten mit erhöhten Rationen. Es gibt auch keine Bevölkerungsgruppe, die an dieser Erhöhung nicht beteiligt ist. Besonders erfreulich fand es auch Herr Hoffmann — er machte an dieser Stelle in der in seiner Zeitung veröffentlichten Aufstellung jetzt ein blaues Ausrufungszeichen —, daß die Erhöhungen für die „oberen“ Kartengruppen geringer sind als für die unteren. Und so muß es eine wirklich soziale Versorgungspolitik auch halten. Die stärkere Produktion, die eine höhere Warenmenge greifbar werden ließ, machte es jetzt möglich, daß die Karte 4 in der Zone wie die Karte 3 in Berlin abgeschafft wurde, und das als Vorbereitung für die

restlose Beseitigung des Rationierungssystems,

die für Ende des Jahres 1950 angestrebt wird. Eine Ausnahme davon würden zu diesem Zeitpunkt nur noch Fleisch und Fett machen.

Gerade dieser Hinweis in der Verordnung der Regierung erweckte ein Gefühl des Vertrauens und die Überzeugung von der Ehrlichkeit und Zuverlässigkeit der Regierungsmaßnahmen.

Frau Hoffmann seufzte erleichtert auf. Ab 1. Dezember war die **einheitliche Lebensmittelgrundkarte**

zur Verteilung gelangt, die für bestimmte Arbeitergruppen und für die der Intelligenz angehörenden Berufsgruppen lediglich durch Zusatzkarten ergänzt wird.

Frau Hoffmann breitete die neu erhaltenen Lebensmittelkarten vor sich aus und nahm sich vor, die erhöhten Rationssätze gründlich zu studieren. Denn in dieser Erhöhung lag, wie sie bald erkannte — und es war gar nicht einmal so schwer, daß einem das klar wurde — auch die Ursache für die Streichung der Subventionen und die hierdurch bedingte Preiserhöhung. Das scheinbar Komplizierte dieser ganzen Geschichte wurde jetzt klar und einfach: wenn der Staat weiter Zuschüsse zahlen würde, müßten diese auch mit der Erhöhung der Lebensmittelrationen immer höher werden! Das würde eine gefährliche Belastung für den Staatshaushalt bedeuten.

Aber es kam noch etwas hinzu, mit dem der Staat zu rechnen hatte. Ihr Mann hatte ähnliches schon vom eigenen Werk berichtet. Aufbau und Ausbau des Werkes, die Verbesserung und Vermehrung seiner Produkte waren schneller vor sich gegangen, als es vorher im Plan für diesen volkseigenen Betrieb berechnet werden konnte. Es war bereits eine ernste Situation dadurch entstanden, daß die Ausrüstung mancher Abteilungen nicht Schritt halten konnte mit der gesamten Produktionsvergrößerung.

Frau Hoffmann konnte sich in diesem Zusammenhang recht gut an ihren Schwager Otto erinnern, der als Umsiedler aus Schlesien gekommen und seit einiger Zeit daran war, sich als Neubauer eine Existenz aufzubauen. Für 150 Millionen Mark Neubauernhäuser sollten — so war es vorgesehen — gebaut werden. Aber dadurch, daß mehr Baumaterialien hergestellt werden konnten, war es möglich, viel mehr Neubauernhäuser zu bauen: nämlich für 400 Millionen Mark! Also mußten 250 Millionen Mark herbeigeschafft werden, die man erst für 1950 in Rechnung gestellt hatte. Das war keinem „Planfehler“, sondern den Menschen, vor allem den Arbeitsaktivisten, zu verdanken, die mit neuen Arbeitsmethoden höhere Leistungen erzielten. Das gilt auch für große Industrierwerke. Von den so wichtigen Stahl-

werken in Riesa und Kirchmöser konnten ebenfalls Teile schon in diesem Jahr fertiggestellt werden, obwohl man mit der Beendigung der Bauten erst 1950 rechnete. Die finanziellen Mittel für die Investitionen — also die Anlage einer bestimmten großen Geldsumme für den Ausbau einer Produktionsstätte — mußten verdoppelt werden. Nicht, weil man etwa in Kirchmöser wider Erwarten „teurer gebaut“ hatte, sondern weil auf Grund gesteigerter Arbeitsleistungen eben schneller gebaut wurde.

Die bulgarischen Weintrauben, die Frau Hoffmann zum letzten Wochenende und zur besonderen Freude ihrer Kinder nach Hause gebracht hatte, sind — neben vielen anderen lebenswichtigen Dingen — ebenfalls ein Beweis dafür, daß man vom Ausland mehr einführen kann, wenn (das kleine Wörtchen „wenn“ hat es doch in sich!) man mehr und vom Ausland gefragte Waren ausführt.

Das ist ein sehr bedeutungsvoller Vorgang! Wenn mehr Eisen und Stahl erzeugt werden können, sind die Maschinenbaubetriebe in der Lage, mehr Maschinen zu bauen, und wenn mehr Maschinen und mehr Fertigprodukte, die mit Maschinen erzeugt worden sind, nach dem Ausland verkauft werden können, kann man auch schneller Lebensmittel und neue Rohstoffe vom Ausland kaufen und an die Bevölkerung sowie an die Betriebe weitergeben.

Frau Hoffmanns Gedanken schweiften einen Augenblick ab. Sie erinnerte sich an ein Gespräch im Kaufhaus, als sie für ihre Tochter einen Mantel kaufen wollte und von der angebotenen Qualität nicht besonders erfreut war. Baumwolle und Wolle müssen wir haben! Und wenn, wie Frau Hoffmann in einigen von ihrem Mann angestrichenen Zeitungsnachrichten fand, die Textilwerke „Kunstseide Pirna“ und „Zellwolle Schwarza“ ebenfalls schneller als vorauszusehen war, errichtet werden konnten, dann bedeutete das ebenfalls wieder nicht nur eine schnellere und bessere Versorgung der Bevölkerung, sondern auch eine schnellere und stärkere Ausfuhr als Vorbedingung für die Bezahlung unserer Einfuhr. Auch von einem Öl-Preßwerk hatte ihr Mann erzählt, durch dessen Bau mehr Ölsaaten verarbeitet werden, wodurch sich auch die Margarineerzeugung erhöht.

Man nehme...

die Subventionen, dachte Frau Hoffmann, und mußte direkt lachen bei dem Gedanken, wie ihr, nachdem sie sich mit den Dingen ein wenig näher beschäftigt hatte, ein großer und folgerichtiger Kreislauf vor Augen stand. Wenn wir gezwungen wären, aus Geldmangel den Wiederaufbau einzustellen, würde die Produktion zurückgehen, und Tausende verlören ihren Arbeitsplatz. Dieser Lohnausfall und die zusätzlich zu zahlenden Unterstützungen würden uns weit höher belasten als die heute um wenig erhöhten Preise.

Frau Hoffmann fand, die Sache wurde immer spannender und interessanter, und sie empfand auch ein Gefühl des Stolzes, daß sie nicht ein bloßes „Heimchen am Herd“ geblieben war, sondern sich um die Welt draußen, deren Lauf auch den Lauf des persönlichen Schicksals bestimmt, gekümmert hatte.

Aber nicht nur für die Landwirtschaft und für die Industrie waren vorfristig große Aufwendungen notwendig. Für den Aufbau von Schiffswerften wurden in diesem Jahr Summen aufgebracht, die fast doppelt so hoch waren, wie es der Plan vorsah.

Darum konnte ein Teil unserer Fischfangflotte schon in diesem Jahr auf die Ostsee hinausgeschickt werden, so daß auch schneller als vorgesehen und erhofft wurde, mehr Fische für die Ernährung der Bevölkerung zur Verfügung stehen. Die Instandsetzung

von Straßen sowie die ebenfalls schneller durchgeführte Aufforstung in unseren Wäldern, die durch Raubbau und direkte Zerstörungen große Verluste erlitten haben, helfen ebenfalls den Wiederaufbau unserer Wirtschaft vorwärts zu bringen.

In Westdeutschland

glaubt man, diese Fragen durch Schuldenmachen gelöst zu haben, ohne zu sehen, daß dadurch die deutsche Wirtschaft immer mehr in die Abhängigkeit ausländischer Kapitalistengruppen, besonders amerikanischer, gerät. Ganz abgesehen davon, daß man dadurch nicht in der Lage war, das unaufhörliche Klettern der Preise und eine immer weiter um sich greifende Arbeitslosigkeit zu verhindern.

Fast 1½ Millionen Menschen sind bei den westdeutschen Arbeitsämtern als **Arbeitslose** registriert. Hunderttausende fristen als Kurzarbeiter ihr Leben. Die Not des Arbeitslosen trifft nicht nur den Einzelnen, sondern auch seine ganze Familie, so daß die Zahl der in Elend und Sorge Lebenden sich um Millionen Menschen vervielfacht!

Groß ist auch die Zahl der Arbeitslosen in Westberlin: von 720 000 Erwerbstätigen sind über 270 000 arbeitslos!

Anstatt die deutsche Wirtschaft aufzubauen, wird sie im Interesse ausländischer Konkurrenzfirmen durch Demontage, also Abbruch von Werken immer weiter zerstört. Die Abtrennung der Saarwirtschaft, das Besatzungsstatut, das Ruhrstatut und über 13 Milliarden Westmark Auslandsschulden sind außerdem die verhängnisvollen Folgen einer solchen Politik.

Frau Hoffmann wollte es aber nun „ganz genau“ wissen. Sie nahm die neuen Karten sowie Papier und Bleistift zur Hand, um gründlich zu prüfen und zu rechnen.

Die kleine Stadt, in der sie wohnen, gehörte bisher zur sogenannten „Kategorie II“. Die Einteilung in zwei Kategorien gibt es nicht mehr; es gibt nur eine einheitliche Lebensmittelgrundkarte für alle. Ihr Mann erhält also jetzt — wie sie selbst und ihre Kinder — auf seine Lebensmittelgrundkarte monatlich

12 000 g Brot, 1 050 g Nahrungsmittel, 750 g Zucker, 900 g Marmelade, 900 g Fleisch und 450 g Fett.

Dazu erhält ihr Mann noch auf eine Zusatzkarte, die für „Beschäftigte, die schwere Arbeit leisten und ihnen Gleichgestellte, die warmes Essen erhalten“ gilt,

5 250 g Brot, 1 200 g Nahrungsmittel, 600 g Zucker, 600 g Fleisch und 550 g Fett.

Seine Rationen erhöhten sich also im ganzen um

1 500 g Brot, 540 g Nahrungsmittel, 300 g Fleisch und 300 g Fett.

Frau Hoffmanns eigene Ration erhöhte sich gegenüber der bisherigen Karte 4 monatlich um

1 500 g Brot, 450 g Nahrungsmittel, 300 g Fleisch und 100 g Fett.

Die Rationen für Frau Hoffmanns Nachbar, der als Angestellter ebenfalls bisher die Karte 4 erhielt, erhöhen sich also um dieselbe Menge.

Paul, der Junge, der als Schmiedelehrling bisher die Karte 3, aber kein warmes Essen erhielt, erhält jetzt unter Einschluß seiner Zusatzkarte

2 250 g Brot, 1 000 g Nahrungsmittel, 300 g Zucker, 450 g Fleisch und 200 g Fett mehr.

Und ihre 10jährige Hilde erhält nun

3 000 g Brot, 150 g Fleisch und 300 g Fett mehr.

Frau Hoffmann hat also für ihren Haushalt jetzt

8 250 g Brot
1 990 g Nahrungsmittel
1 200 g Fleisch
900 g Fett
300 g Zucker mehr zur Verfügung!

16½ Pfund Brot, fast 4 Pfund Nahrungsmittel, fast 2½ Pfund Fleisch, nahezu 2 Pfund Fett und über ½ Pfund Zucker kann sie jetzt auf ihre Lebensmittelkarten mehr einkaufen!

Man nehme...

sich aber auch die Punktkarte vor, dachte Frau Hoffmann, um zu sehen, ob und welche Erhöhung für die Versorgung mit Industriewaren zu verzeichnen ist. Auch diese Untersuchung hatte ein erfreuliches Ergebnis:

Für die durch Lebensmittelgrundkarten und Lebensmittelkarten für Kinder über 5 Jahre versorgte Bevölkerung gibt es eine Grundpunktkarte mit 100 Punkten, während es 1949 nur 60 Punkte für Erwachsene und Kinder von 4 bis 6 Jahren sowie 80 Punkte für Kinder von 6 bis 15 Jahren gab.

Für die durch Lebensmittelkarte versorgten Kinder unter 5 Jahren gibt es 120 Punkte, während es 1949 nur 80 bzw. 60 Punkte gab.

Auf diese Punktkarten, die für 1950 gelten, kann bereits jetzt gekauft werden. Besonders erfreut war Frau Hoffmann beim Durchlesen der Bestimmungen, daß an Heimkehrer weiterhin zusätzlich 200 Punkte in Form von 2 Grundpunktkarten gegeben werden, und daß die Grundpunktkarte für 1950 auch an Inhaber von Handels- und Industriebetrieben und ihre Familienangehörigen sowie an Landarbeiter und Kleinbauern, die bis zu 5 ha Ackerfläche haben, ausgegeben wird. Außerdem bekommen Landarbeiter eine zusätzliche Punktkarte mit 25 Punkten. Ihr

Mann erhält ebenfalls zusätzlich 50, ihr Junge 25 Punkte. Dann sah sie, daß auch für die im Bergbau unter und über Tage Beschäftigten sowie für werdende Mütter eine zusätzliche Punktkarte mit 80 Punkten ausgegeben wird.

Und schließlich hatte die Regierung am 17. November 1949 bekanntgegeben, daß nicht nur eine Reihe von Textilwaren punktfrei verkauft werden darf, sondern auch für Mäntel, Anzüge, Kostüme, Jacken, Schürzen, Hosen, Joppen, Stopfswist und verschiedene andere Artikel die Punktwerte verringert worden sind.

Die Sorge um die Arbeitskleidung, für die bisher die wertvollen Punkte in Anspruch genommen werden mußten, wird geringer: Arbeitskleidung wird nicht mehr auf Punktkarte verkauft, sondern in den Betrieben direkt verteilt.

Und nicht nur das. Die Frage nach der Grundpunktkarte, die für die Inhaber einer Landwirtschaft mit über 5 ha nicht ausgegeben wird, kann ebenfalls befriedigend beantwortet werden. Wie Frau Hoffmann von einem Hofbesitzer kürzlich erfahren konnte, erhält dieser für jeden 50-Pfennigbetrag, den er beim Verkauf seiner „Freien Spitzen“ erzielt, jetzt einen Punkt für Textilwaren. Ein Verfahren, das die Bedürfnisse der Bauern berücksichtigt. Es ist ein besseres Mittel zur Produktions-erhöhung und -ablieferung, als jede staatliche Zwangsmaßnahme, die letzten Endes doch versagen muß.

Frau Hoffmann fiel es dabei ein, daß sie einige Dinge in den vergangenen Wochen im HO-Laden gekauft hatte; im bescheidenen Umfange zwar — aber dennoch! Und sie bedachte, daß die **HO-Preise gesenkt worden sind**, was auch für ihren Haushalt von doppelter Wirkung war. Durch die spürbare Erhöhung der Lebensmittelrationen konnte sie trotz der dafür erhöhten Preise noch Geld sparen, weil sie manches oder dieselben Mengen nicht mehr in der HO zu kaufen brauchte. Durch die Senkung der HO-Preise wurde die verhältnismäßig geringe Preiserhöhung für die rationierten Waren reichlich ausgeglichen. Außerdem sind die Preise für Brot und Teigwaren, Zucker und Kartoffeln, und auch vor allem die Mieten dieselben geblieben.

Man nehme...

sich, wie es Frau Hoffmann machte, einen Bleistift und sehe auf
die gesenkten HO-Preise.

Vor einem Jahr kostete Weizenmehl das Pfund 10,00 DM — heute 3,00 DM, Nudeln 11,00 DM — heute 3,40 DM, Zucker 16,50 DM — heute 6,00 DM, 2 Pfund Weißbrot 10,00 DM — heute 5,00 DM, 1 Pfund Kunsthonig 13,00 DM — heute 5,00 DM, 1 Pfund Margarine 55,00 DM — heute 18,00 DM, 1 Pfund Marmelade 17,50 DM — heute 6,25 DM, 1 Tafel Schokolade 20,00 DM — heute 9,00 DM.

Aber auch für die Textilwaren und Gebrauchsgüter hatte die HO die Preise mit Wirkung vom 7. November 1949 erheblich gesenkt. Mantel- und Kleiderstoffe für Damen und Herren gingen für das qm von 65,00 DM bzw. 60,00 DM auf 9,50 DM herunter. Eine Schlafdecke kostete statt 40,00 DM jetzt 14,00 DM, 1 Paar Damenstrümpfe statt 33,00 DM nur 8,50 DM, ein Damenkleid statt 245,— DM 90,00 DM. Eimer und Schmortöpfe kosten statt 20,— DM nur noch 10,70 bzw. 9,00 DM. Diese Preise hatte Frau Hoffmann noch gut im Gedächtnis, denn sie hatte erst kürzlich einiges gekauft. Es ist eine lange Reihe von HO-Preisen, die eine Preissenkung zwischen 40 und 85% bei sehr wichtigen Gebrauchsgütern aufweisen.

Natürlich, das sagte sich auch Frau Hoffmann, kann noch nicht jeder in der HO kaufen, und nicht jeder, der dort kauft, ist in der Lage, alles zu kaufen. Aber fast von Monat zu Monat, und jetzt erst recht, können immer mehr Menschen in der HO kaufen. Und die Sammelbestellungen der Betriebe? 200 Kuchenbrötchen, 100 Schrippen, 350 Stück Käsekuchen, 150 Mohrenköpfe, 20 Pfund Kunsthonig, 15 Pfund Zucker, 12 Pfund Marmelade — das war der ungefähre Wunschzettel einer Sammelbestellung von dreien in einer Woche, die ein Werk aufgegeben hatte!

Ja, aber konnten diese Preise etwa nur darum gesenkt werden, weil die Preise für die rationierten Lebensmittel erhöht wurden? Abgesehen davon, daß Frau Hoffmann sich an wiederholte HO-Preissenkungen erinnern konnte, bei denen niemals eine Preiserhöhung für rationierte Lebensmittel zu verzeichnen gewesen war, dachte sie auch daran, daß die für die Lebensmittel vorgesehenen Subventionen nicht zugunsten der HO-Preise, sondern allein zugunsten der produzierenden Wirtschaft „weggenommen“ worden sind. Sie wußte auch, daß aus den Einnahmen der HO kein Pfennig der sowjetischen Besatzungsmacht zufließt, sondern der HO-Gewinn ausschließlich dem Haushalt unserer Republik zugute kommt, denn das, was wir an Reparationsleistungen und Besatzungskosten zu zahlen haben, steht im Haushaltsgesetz und wurde veröffentlicht. Nach Ablauf des Planjahres wird hierüber auch vor der Volkskammer öffentlich berichtet werden.

Es war auch klar, daß, wenn die HO die Preise senkte, sie auch mehr Ware haben mußte, weil mit dem Sinken der Preise naturgemäß die Zahl der Käufer stieg. Also hat sich das Wort, von dem ihr Mann immer sprach, und das sie stets nur etwas zweifelnd angehört hatte, doch als wahr erwiesen:

„Mehr produzieren — gerechter verteilen — besser leben!“

Wo werden also die HO-Preise in einem Jahr stehen...?

Eine wunderbare und doch wahre Geschichte, dachte Frau Hoffmann.

Man nehme...

einmal die Preiserhöhungen in der Ostzone, dachte Frau Hoffmann, und vergleiche sie mit den zur „Angleichung“ an Westdeutschland in Westberlin fast zum selben Zeitpunkt erhöhten Preisen. Die Tabelle, die ihr Mann aufgestellt hatte, sah so aus:

	vorher DM	jetzt DM	Zum Vergleich: West-Berlin	
			vorher WM	jetzt WM
Schweinefleisch 1 kg	2,20	2,75	2,20	5,26
Gulasch „	2,—	2,50	2,20	3,60
Suppenfleisch „	1,70	2,12	1,70	3,12
Schmorfleisch „	2,20	2,75	2,20	3,20
Butter „	3,60	4,20	3,60	5,12
Margarine „	1,95	2,20	1,96	2,44
Schweineschmalz „	2,08	2,60	2,08	3,20
Kohle Berlin 50 kg	1,80	1,91	1,83	2,43
Kohle Zone 50 kg	1,70	1,81		

Frau Hoffmann errechnete eine Mehrausgabe von höchstens 8,— DM im Monat für ihre Familie, wobei sie bedachte, daß durch die erhöhten Rationen die Ausgaben für einen zusätzlichen Lebensmitteleinkauf, den sie ja nun einschränken konnte, wegfielen und sie nun weniger Geld zum Einkauf brauchte als vorher!

So manche haben schon vergessen, daß sie nicht nur Geld, sondern auch unersetzliche Sachwerte für Lebensmittel hingegeben haben, die sie jetzt zu einem normalen Preis auf ihre Lebensmittelkarten kaufen können.

Darüber hatte sie erst kürzlich mit ihrer Nachbarin gesprochen, die ihr sagte, daß man in Westdeutschland Fleisch und Fische markenfrei kaufen könne — aber nur, „wenn man noch Arbeit hat und wenn man sehr viel Geld verdient!“, hatte Frau Hoffmann ihr geantwortet und einen Brief gezeigt, den ein ehemaliger Kollege an ihren Mann geschrieben hatte, und in dem er von einer Rede des Wirtschaftsministers des Landes Nordrhein-Westfalen, Prof. Dr. Nölting, Frankfurt a. Main, berichtete. In dieser Rede heißt es u. a.:

„Ich warne die Bevölkerung Westdeutschlands vor einer falschen Optik des Schaufensters. Die gefüllten Schaufenster verschleiern im höchsten Maße die große Not. Sie stehen in gar keinem Verhältnis zur eigentlichen Wirtschaftslage Westdeutschlands und zur ständig steigenden Zahl der Arbeitslosen.“

Und der Kollege hatte angefragt, wie es denn mit einer Arbeitsmöglichkeit im Werk ihres Mannes wäre; seine Kündigung hätte er schon in der Tasche, aber nirgends eine Aussicht auf eine neue Arbeitsstelle. Auch von der Wasserkante gab es traurige Nachrichten: 60 000 deutsche Seeleute ohne Heuer, Zehntausende Werft- und Hafendarbeiter erwerbslos; die Hafenanlagen sind zerstört oder werden demontiert, und „weil die hohen Schweinepreise eine lukrative Verwertung der Kartoffeln garantieren“, hält man — wie eine Westberliner Zeitung kürzlich berichtete — in Westdeutschland die Kartoffelpreise künstlich hoch, um eben möglichst hohe Schweinepreise zu erzielen.

Der Vergleich der Lohntüten aus dem Jahre 1949 mit den Lohnabrechnungen aus den Jahren 1945/46 war für Frau Hoffmann sehr aufschlußreich. Und was wurde in den vergangenen Jahren zu Preisen, deren Höhe heute kaum glaubhaft ist, „schwarz“ gekauft: ein Kamm kostete 12,— DM, ein Brot noch vor einem Jahr 25,00 DM. Dieses Brot kostet heute in der HO nur 2,50 DM. Die Zeit, in der eine Scheibe trockenes Brot hoch, sehr hoch im Kurs stand, ist vorbei.

Für Frau Hoffmann war diese Vergangenheit noch eine deutliche Erinnerung; nicht wenige Menschen aber haben diese Zeit leider längst vergessen.

Jetzt war das Interesse von Frau Hoffmann auch für „das Politische“, wie sie es nannte, erwacht.

Der stellvertretende Ministerpräsident Walter Ulbricht hatte in einem in der Zeitung veröffentlichten Interview — also einem Gespräch mit einem Zeitungsberichterstatter — gesagt, daß im Jahre 1950 nicht weniger als 380 000 t Brotgetreide (gegenüber 40 000 t 1949) aus der Sowjetunion nach Deutschland eingeführt werden, um die Erhöhung der Lebensmittelrationen auch durchführen zu können. Mit Polen und Ungarn wird ebenfalls der Handelsvertrag erweitert. Für 1949/50 wird allein aus Ungarn das Vierfache der bisherigen Warenmenge eingeführt werden. Die Durchführung dieser Pläne, die sich auch auf die Tschechoslowakei, Rumänien und Bulgarien beziehen, macht eine Erhöhung der Produktion und ihrer Qualität nicht nur in der Industrie, sondern auch in der Landwirtschaft erforderlich, deren Hektar-Erträge im kommenden Jahr die von 1936 erreichen müssen.

Darum war man in der Deutschen Demokratischen Republik daran gegangen, zuerst die Grundindustrie, durch die Kohle gefördert, Stahl und Eisen, Zement und andere wichtige Baugrundstoffe produziert werden, auf- und auszubauen — während man in Westdeutschland das Pferd beim Schwanz aufgezümt hat: man führt Rohstoffe aus und führt die fertigen Waren aus dem Ausland ein. Die weltbekannte Solinger Schneidwarenindustrie wurde völlig zum Erliegen gebracht, Zehntausende arbeitslos gemacht, weil Amerika sich vor der Einfuhr Solinger Waren

durch hohe Zollmauern schützt — mit seinen eigenen Erzeugnissen aber Westdeutschland überschwemmt. Verschuldung und Arbeitslosigkeit steigen zusehends.

Frau Hoffmann war jetzt mit Feuereifer bei der Sache. Immer mehr Zusammenhänge wurden ihr offenbar. Sie sagte sich auch, daß in dem Maße, wie das Warenangebot vergrößert und die Qualität der Produktion verbessert werden kann, das gegenwärtige doppelte Preisniveau (rationierte und HO-Waren) beseitigt und eine einheitliche Preisebene hergestellt wird. Denn eines Tages wird es soviel Waren geben, werden unsere Wirtschaftsbetriebe so stark sein, daß es nicht mehr notwendig ist, Waren in einem HO-Geschäft zu verkaufen oder sie nur auf Karten und Bezugscheine abzugeben: beide Gleise führen zusammen, und wir alle fahren dann auf einer „Preisbahn“!

Frau Hoffmann wurde es bei diesen Gedanken ordentlich fröhlich zumute, denn sie wußte, daß keine Fata Morgana vor ihren Augen ein trügerisches Bild zauberte, sondern daß die praktischen Voraussetzungen für die Verwirklichung eines besseren Lebens bereits gegeben waren.

„Jetzt kommt die Zeit der Erfolge!“

hatte der stellvertretende Ministerpräsident Walter Ulbricht gesagt — und von der Wahrheit dieser Worte war Frau Hoffmann so fest überzeugt, wie eben ein Mensch, der sich mit der Sache der Verbesserung unserer Ernährung sowie der gleichzeitigen Verbesserung der Verhältnisse auf allen Gebieten gründlich befaßt hat.

Was hatte ihnen vor einigen Tagen ein Kollege ihres Mannes nicht alles vorerzählt! Ihr Mann fragte ihn schließlich, ob er unter Demokratie „Faulenzen“ verstehe, als der Kollege gesagt hatte, es wäre „alles dieselbe Leier: Bodenreform, Industrie-reform und ... arbeiten, arbeiten“. Ihr Mann sagte ihm ganz richtig, daß arbeiten und arbeiten zweierlei sei. Es kommt darauf an, ob man für Millionäre und andere Kapitalisten schuftet — oder heute für die eigene Sache, für die eigenen Betriebe, oft schon von Arbeitern geleitet, arbeitet. Natürlich geht es nicht, daß man ohne Interesse und ohne Sorgfalt

arbeitet, daß es einem egal ist, ob man Ausschuß anfertigt oder nicht, weil der Stundenlohn ja sicher ist.

Aber warum darf denn der Bauer in der Deutschen Demokratischen Republik einen Teil seiner Produkte frei verkaufen — warum wird er nicht gezwungen, alles, was auf seinem Feld und in seinem Stall heranwächst, abzuliefern?

Frau Hoffmanns Mann hatte seinen Kollegen gefragt, ob er wirklich ernstlich daran glaube, daß mit staatlichen Zwangsmaßnahmen „alles“ erfaßt werden kann? Oder ob es nicht erfolgreicher ist, auch der Landwirtschaft einen Anreiz zur Erhöhung ihrer Produktion zu geben. Der Bauer muß seinen Hof wieder mit neuem Inventar versehen, er braucht bares Geld, um Vieh und Maschinen zu kaufen und seine Gebäude instandsetzen oder erweitern zu können. Die Produkte, die er als „Freie Spitzen“ verkauft, landen nicht mehr auf dem „Schwarzen Markt“, sondern gehen über die Konsumgenossenschaften und die HO-Geschäfte direkt an den Verbraucher. Der Erlös aus diesen Verkäufen fließt ebenfalls in die Wirtschaft zurück.

In welcher günstigen Lage könnten wir heute schon sein, wenn die Einheit Deutschlands, die Unabhängigkeit seiner Wirtschaft und ein gerechter Friedensvertrag bestehen würden!

20 Millionen Deutsche sind durch den Bruch des Potsdamer Abkommens seitens der Westmächte und durch die dadurch erfolgte Zerreißung Deutschlands von dem Bezug lebenswichtiger Rohstoffe wie Stahl und Kohle aus dem Ruhrgebiet ausgeschlossen.

Frau Hoffmann war nun ganz von dem Bewußtsein erfüllt, daß die Dinge bei uns richtig angefaßt worden sind. Der mühevolle Weg, den wir aus eigener Kraft gehen, lohnt sich!

Frei und unabhängig, ohne die Milliardenlast einer von Generationen nicht zu tilgenden Verschuldung, gelingt uns der Aufbau einer uns gehörenden Wirtschaft — gelingt uns ein Leben in Freiheit, Freundschaft und Frieden mit allen friedliebenden Völkern der Welt.

Frau Hoffmann blickte durch das Fenster hinaus über die Felder zu den qualmenden Schloten, tief erfüllt von dem freudigen Gedanken:

Das bessere und schönere Leben hat begonnen!

Liebe Leserin! Lieber Leser!

Welche Meinung haben Sie? Wurde etwas vergessen? Müßte etwas ergänzt werden? Wir bitten um Ihre Kritik!

Teilen Sie uns Ihre Meinung unumwunden mit — schreiben Sie an uns so frei und offen, wie es in dieser kleinen Schrift getan wurde.

Sehr dankbar wären wir Ihnen auch, wenn Sie uns mitteilen würden, welche Fragen das nächste Mal in einem folgenden Heft besprochen werden sollen.

Es gibt noch viele Sorgen und Nöte, die gemeinsam überwunden werden müssen.

Schreiben Sie bitte so, wie Sie es uns persönlich sagen würden — kurz und bündig!

Adressieren Sie Ihren Brief wie folgt:

An die Redaktion
„Die Wahrheit dem Volke“,
Amt für Information
(1) Berlin W 8
Thälmannplatz 7/8

Wir hoffen sehr, auch von Ihnen eine Antwort zu erhalten und danken Ihnen im voraus bestens!

Der Herausgeber

Herausgegeben vom Amt für Information der Regierung
der Deutschen Demokratischen Republik.
Druck: (13) Berliner Verlag GmbH, Berlin W 8